

Niederschrift SOZ/005/2015

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 01.09.2015

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Mitglieder:

Herr Stephan Huesmann	FDP	Mitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied
Frau Anna-Lena Scheinig	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Heinrich Thalmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Frau Christel Zimmermann	SPD	Sachkundige Bürgerin

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Kamal Kassem	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Frau Simone Berkmann	CDU	Vertretung für Herrn José Azevedo
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Vertretung für Herrn Antonio Berardis

Herr Gerhard Cosse	SPD	Vertretung für Frau Eva-Maria Brauer
Herr Winfried Krake		Vertretung für Herrn Johannes-Michael Bögge
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Albrecht Fleischer
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Vertretung

Verwaltung:

Frau Christine Karasch		Vertretung für Herrn Axel Linke
Herr Raimund Gausmann		Fachbereichsleiter FB 2
Frau Medina Atalan		Sozialplanerin
Frau Katja Käschner		Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender
-----------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Albrecht Fleischer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Herr Horst Erle		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat

Verwaltung:

Herr Axel Linke		Beigeordneter
-----------------	--	---------------

Herr Theismann eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung am 09.06.2015

0:00:58

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 09.06.2015 gefassten Beschlüsse

0:0:10

Herr Gausmann berichtet, dass es nach jetzt geltender Rechtsauffassung für die Einführung des Sozialtickets keiner eigenständigen Beschlussfassung der Stadt Rheine bedarf. Durch die Beschlussfassung der Einführung des Sozialtickets durch den Kreisausschuss wird es auch in Rheine zum 01.01.2016 eingeführt.

Herr Jansen von der CDU-Fraktion fragt nach den finanziellen Auswirkungen für die Stadt Rheine und bittet darum, dass sämtliche Informationen dazu entsprechend weitergegeben werden.

Herr Gausmann erklärt, dass laut Vorlage des Kreises für die Stadt Rheine keine Kosten entstehen werden. Tatsächliche Auswirkungen werden erst nach Ablauf eines Jahres deutlich.

3. Informationen der Verwaltung

0:03:49

Herr Gausmann informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die nächste Sozialausschusssitzung auf den 01.12.2015 verschoben werde.

Weiterhin teilt er mit, dass aufgrund der hohen Flüchtlingsproblematik und Krankheitssituation im Fachbereich Jugend, Familie und Soziales umorganisiert werden musste. Frau Heufes ist seit Anfang August neben ihrem Bereich Hilfen für Asylbewerber nun auch verantwortlich für die Fachstelle Migration und übernimmt somit die Vertretung des erkrankten Herrn Tunceli. Entlastung findet sie in der Form, dass Frau Atalan neben ihrer Tätigkeit als Jugendhilfe- und Sozialplanerin die Bereiche Seniorenarbeit und Behindertenarbeit übernimmt.

Wie der Presse schon zu entnehmen war, haben die Flüchtlinge ihre neue Unterkunft in der Damloup-Kaserne am vergangenen Samstag bezogen. Derzeit ist die Betreiberin der Unterkunft dabei, eine Informationsveranstaltung für ehrenamtlich Interessierte vorzubereiten.

Hinsichtlich der Verschiebung der nächsten Sozialausschusssitzung bittet Frau Overesch von der CDU-Fraktion darum, dass die Weitergabe von Informationen trotzdem gewährleistet wird.

Herr Gausmann verweist auf die Sitzung des Integrationsrates und des HFA im Oktober sowie die Ratssitzung im November und stellt für den Notfall auch eine Sondersitzung des Sozialausschusses in Aussicht.

Weiterhin bittet Frau Overesch um eine Übersicht zur Zuständigkeit und Aufgabenfeld der Mitarbeiter speziell im Bereich der Migration. Ein Organigramm des Fachbereichs liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

0:07:13

Ein Bericht liegt nicht vor.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

0:07:48

Herr Meier berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

0:09:35

Herr Gausmann berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

0:12:21

Herr Krake berichtet über die Arbeit des Familienbeirates.

**8. Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeit im Bereich der Flüchtlingshilfe/Migration Antrag Bündnis 90 Die Grünen
Vorlage: 219/15/1**

0:13:18

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Herr Mau – BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN – erklärt, dass durch den Änderungsantrag die Möglichkeit geschaffen werden soll, die Flüchtlingsarbeit insgesamt flexibler zu gestalten. Seine Partei begrüßt den Antrag.

Frau Overesch von der CDU-Fraktion stellt nochmals klar, dass auch ihrer Fraktion bewusst ist, dass der Bedarf zur Koordination der Ehrenamtlichkeit eindeutig gegeben ist.

Ergänzend möchte sie wissen, ob die krankheitsbedingten Stellen in der Fachstelle Migration nach besetzt worden sind. Weiterhin bittet sie um Aufklärung über die Abgrenzung der Aufgabenfelder in bisheriger Form (Einzelfallhilfe) und der Aufgaben, die neu übernommen werden sollen, da eine Stellenbeschreibung nicht vorliegt. Eine weitere noch offene Frage ist, inwieweit die die Stabsstelle Ehrenamt / Bürgerengagement in diesem Zusammenhang mit eingebunden ist, um gegebenenfalls Doppelstrukturen zu verhindern. Sie sieht ein Geldbudget als wesentlich flexibler an als eine neue Stelle und hofft, soweit positive Rückmeldungen seitens der Sozialausschussmitglieder kommen, den Änderungsantrag in Form eines finanziellen Budgets auf den Weg zu bringen.

Daraufhin erklärt Herr Gausmann, dass die Stelle nicht kompensiert sondern überkompensiert wurde, was sich auch damit erklären lässt, dass doppelt so viele Flüchtlinge zu betreuen sind als im letzten Jahr zu diesem Zeitpunkt (528 nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und über 600 in der Betreuung). Damit sind alle Kollegen und Kolleginnen an der Grenze ihrer Kapazitäten. In diesem Zusammenhang weist Herr Gausmann darauf hin, dass auch an der Frage nach Kindergartenplätzen und geeigneten Schulen für die Flüchtlingskinder gearbeitet wird. Die Fachstelle Migration beschäftigt sich mit der Einzelfallhilfe für die Flüchtlinge. Was fehlt ist eine Entwicklung von Strukturen, die strukturelle Aufbauarbeit im Rahmen der Arbeit von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Dafür wird eine Austauschplattform benötigt. Die Entwicklung dieser Austauschplattform, die Entwicklung von verbindlichen Strukturen ist das, was im Rahmen der Ehrenamtskoordination notwendig ist. Was den Aufbau der Strukturen betrifft, wird für eine begrenzte Zeit auf die unmittelbare Unterstützung der Stabsstelle Ehrenamt zurückgegriffen. Die ersten Sitzungen werden mit der Stabsstelle zusammen stattfinden.

Frau Overesch äußert den Wunsch, regelmäßig über die Verwendung des Budgets unterrichtet zu werden.

Herr Cosse von der SPD-Fraktion befürwortet ebenfalls den Änderungsantrag und bittet um Erklärung, wo die Stelle angesiedelt werden soll.

Darauf erläutert Herr Gausmann, dass die Stelle im Bereich 2204 – Betreuung von Migranten und Migrantinnen angesiedelt werden soll, jedoch nicht unmittel-

bar der Fachstelle im Einzelfallhilfebereich sondern als Stabstelle dem Produktverantwortlichen zugeordnet.

Herr Ortel von der Alternative für Rheine äußert seine Verwirrung darüber, dass nun über eine Stelle gesprochen werde, da es sich seiner Auffassung nach um eine Mittelbereitstellung handelt.

Es entsteht ein kurzer Erklärungsaustausch zu dem Hintergrund des Änderungsantrages.

Anschließend weist Herr Ortel auf die Eilbedürftigkeit der Angelegenheit hin und bittet um Mitteilung, ob mit noch weiteren Verzögerungen aufgrund einer Beschlussfassung im Rat am 29. September 2015 zu rechnen ist.

Herr Gausmann teilt mit, dass er, in der Hoffnung auf eine Beschlussfassung, schon dabei sei, die Ressourcen für die Ehrenamtskoordination bereitzustellen.

Im Anschluss fasst der Sozialausschuss über den Änderungsantrag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine für die Koordination ehrenamtlicher Tätigkeiten im Bereich der Migration für das Jahr 2015 einen Betrag von 13.800 € und für die Jahre 2016 und 2017 jeweils 55.000 € zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig in den zuständigen Gremien über die Arbeit und die Verwendung der Mittel zu berichten.

9. Unterbringung von Flüchtlingen - Festlegung Standort zweite mobile Wohneinheit Vorlage: 302/15

0:31.11

Herr Gausmann verweist auf die vorgelegte Vorlage.

Im Haupt- und Finanzausschuss am 25.09.2015 wurde der Standort für die zweite mobile Wohneinheit mit der Jägerstraße bereits festgelegt. Wegen der Eilbedürftigkeit und der Notwendigkeit, Beschlüsse zügig zu fassen, ist entgegen der üblichen Reihenfolge nur eine Kenntnisnahme durch den Sozialausschuss erforderlich.

Der HFA hat die Verwaltung ermächtigt, drei weitere mobile Wohneinheiten anzuschaffen. Weiterhin hat der HFA beschlossen, dass die Standorte dieser zusätzlichen Wohneinheiten eines politischen Beschlusses im HFA bedürfen. Zudem soll eine politische Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die aus einer Person jeder Fraktion bestehen und die Neujustierung des Wohnkonzeptes aus dem Integrations- und Migrationskonzept begleiten, entwickeln und darstellen soll.

An dieser Stelle bittet Herr Theismann um Beantwortung der Frage, ob die Bestellung von mobilen Wohneinheiten nicht länger von den Standorten abhängig sei.

Herr Gausmann versichert, dass nach Aussage vom FB 5 keine Abhängigkeit zwischen Bestellung und Standort bestehe.

Frau Overesch von der CDU-Fraktion möchte wissen, ob die Ausschreibung für die drei geplanten Einheiten bereits gelaufen sei.

Darauf erklärt Frau Karasch, dass Angebote eingeholt werden, eine Beauftragung es aber noch nicht gegeben habe.

Frau Overesch erfragt den Bearbeitungsstand der Wohneinheit für den Standort „Dille“.

Laut Frau Karasch ist die Auftragsvergabe erfolgt, die Lieferung werde im Dezember 2015 erwartet und nach der Aufstellung und Herrichtung soll die Wohneinheit im Januar 2016 in Betrieb gehen.

Frau Overesch spricht die drei Säulen „kaufen“, „mieten“ und „bauen“ an und bittet um Darlegung des aktuellen Standes.

Frau Karasch erklärt, dass das Thema „bauen“ parallel verfolgt wird. Zur Neuenkirchener Straße gibt es eine erste Grundlagenplanung und der FB 5 recherchiert die Umsetzung. Möglichkeiten der Anmietung und Kauf von Wohnraum und Grundstücken werden aber auch weiterhin verfolgt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Neuer Fördermodus der Begegnungsstätten, Senioreneinrichtungen oder Seniorenclubs Vorlage: 301/15

0:36:51

Herr Gausmann erklärt die Notwendigkeit, die Förderrichtlinien der Seniorenbegegnungsstätten, entstanden in den 70/80er Jahren, zu überarbeiten. Parallel gab es zum Haushaltsplan 2015 „10 Millionen in 10 Jahren“ mit dem Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, ob im Rahmen der Seniorenarbeit andere, zeitgemäße Fördermodalitäten realisiert werden könnten.

Der Sozialplan Alter, der in den Förderrichtlinien nicht mal Berücksichtigung findet, sieht im Rahmen der Umsetzung der Seniorenarbeit unterschiedliche Zielgruppen unterschiedlichen Alters vor. Die Zielgruppenorientierung soll bei der Angebotsstruktur stärker beachtet werden.

Des Weiteren möchte man weg von der Entscheidung, eine Einrichtung bekommt Betriebskostenzuwendungen, wenn es sich um eine Seniorenbegegnungsstätte handelt. Die gemischt genutzten Einrichtungen sollen bezüglich der Betriebskostenförderung stärker berücksichtigt werden. Alle Einrichtungen, die Seniorenar-

beit anbieten, sollen unter Beachtung der Qualitätsmerkmale bei der Förderung berücksichtigt werden.

Die Teilhabe von Personen im Seniorenalter mit mehr und weniger Einkommensbezügen soll gerechter realisiert werden. An dieser zusätzlichen Aufgabe wird zur Zeit gearbeitet und im Seniorenbeirat und im Arbeitskreis Senioren zu gegebener Zeit erörtert werden.

Frau Overesch merkt an, dass die CDU-Fraktion es sehr begrüßt, dass auch die Verwaltung sich dem Paradigmenwechsel weg von Betreuung und Überbetreuung hin zur Aktivierung der Selbstbestimmung von Senioren nicht verschließt und das Konzept dahingehend anpasst.

Sie bittet darum, die Beteiligung offen und transparent zu gestalten.

Auch Herr Ortel von der Alternative für Rheine begrüßt die Vorlage, auch hinsichtlich der Thematik Inklusion und der Betrachtung der demografischen Entwicklung.

Herr Cosse zweifelt daran, dass sich Personengruppen von 55 bis 67 Jahren von Seniorenbegegnungsstätten angesprochen fühlen und die Angebote nutzen. Es müssten vielmehr Bedarfe geklärt werden.

Seine Fraktion kann die neuen Grundsätze nicht begrüßen. Allerdings wird begrüßt, dass diese neue Arbeit unter den neuen Vorstellungen im Seniorenbeirat und in der Arbeitsgruppe Soziales vorgestellt werden, um da zu beraten, ob es überhaupt Bedarfe in der vorgenannten Altersgruppe gibt.

Herr Jansen von der CDU Fraktion merkt an, dass er es sinnvoll findet, im jetzigen Beratungsprozess über Bedarfe und Angebote zu sprechen. Wenn man über Fördermodalitäten spricht, müsse man auch prüfen, wo wirklich Bedarfe sind und wo man Synergien heben könne.

Herrn Brauer (SPD) fehlt in der Vorlage die konkrete Änderung der Förderrichtlinien. Da es sich aber scheinbar erst um die Startphase handelt, kann er der Vorlage auch zustimmen.

Herr Cosse schlägt eine Änderung der Formulierung insoweit vor, dass der Sozialausschuss die neuen Grundsätze zur Kenntnis nimmt und die Verwaltung beauftragt, weiter zu beraten.

Herr Jansen ergänzt diesen Vorschlag, dass die Ergebnisse und Anregungen der Diskussion in den weiteren Beratungsprozess mit einfließen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die neuen Grundsätze zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, mit Einbeziehung der Ergebnisse aus der Diskussion, weiter zu beraten.

11. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

0:52:58

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

12. Anfragen und Anregungen

0:53:50

Frau Overesch (CDU-Fraktion) teilt ihre Irritierung darüber mit, dass sie die Verlängerung der Forensik aus der Presse erfahren habe.

Es folgt ein kurzer Austausch darüber, dass die Forensikverlängerung den Fraktionsvorsitzenden durchaus bekannt war, der Informationsfluss aber etwas unglücklich abgelaufen sei.

Anschließend merkt Herr Gausmann an, dass diese Anfrage dem HFA oder dem Rat gestellt werden müsse.

Ende der Sitzung:

18:05 Uhr

Theismann
Stellv. Ausschussvorsitzender

Käschner
Schriftführerin